

Leipzig, den 3. Juli 2010

## **Der Ruf „WIR SIND DAS VOLK“ ist aktueller denn je**

### **Leipziger Erklärung**

Vor 20 Jahren bekundeten in Leipzig weite Teile der Bevölkerung ihre große Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik. Im Ergebnis eines friedlichen Prozesses erfolgte der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland. Der ostdeutschen Bevölkerung wurde durch Bundeskanzler Helmut Kohl im Prozess der deutschen Einheit zugesichert, dass es keinem schlechter gehen würde. Die praktische Politik verfolgt bis heute gegenteilige Ziele. Den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern wurde das unter schwierigsten Bedingungen erarbeitete Volkseigentum faktisch gestohlen. Sie wurden enteignet. Große Teile der Spareinlagen wurden abgewertet. Die ostdeutsche Wirtschaft wurde durch die Währungsunion und das Wirken der Treuhand weitgehend abgewickelt. Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet. Ostdeutschland wurde zum Absatzgebiet für westliche Waren degradiert.

20 Jahre danach haben sich große Teile Ostdeutschlands zum Armutsgebiet Deutschlands entwickelt. Die Bevölkerung ist drastisch geschrumpft und überaltert. Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit bestimmen weite Landstriche. Die Zukunft ist oftmals von Perspektivlosigkeit gekennzeichnet.

Das dieses Land prägende Gesellschaftssystem des entfesselten Kapitalismus befindet sich in einer tiefen Existenzkrise. Der Kollaps des Finanzsystems ist eingeleitet. Den breiten Schichten der bundesdeutschen Bevölkerung werden unerträgliche soziale Lasten aufgebürdet, um den Reichtum einer kleinen Kaste weiter zu steigern. Immer mehr Menschen werden als nutzloser Ballast abgeworfen, gedemütigt und drangsaliert. Die Würde des Menschen verkommt zunehmend zum Schlagwort. Kriegseinsätze der Bundeswehr und Kriegsoffer gehören inzwischen zum Alltag bundesdeutscher Politik. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassungen werden in wachsendem Maße zur Farce.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik wurde um zahlreiche Hoffnungen aus der staatlichen Vereinigung betrogen. Die vollmundigen Versprechungen von Helmut Kohl wurden in vieler Hinsicht bis heute nicht eingelöst. An historischer Stätte fordern wir daher grundlegende Veränderungen in der bundesdeutschen Politik:

- Der Friedenssehnsucht und Friedenspflicht der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik ist durch Unterbindung jedweder Kriegsbeteiligung zu entsprechen.
- Dem unverantwortlichen Treiben eines wild gewordenen Casino-Kapitalismus ist durch den Staat ein Ende zu setzen.
- Die staatliche Stützung bankrotter Unternehmen und Finanzinstitute ist zu unterbinden. Die Wirtschaft des Landes ist zukunftsfähig zu gestalten.
- Allen Mitgliedern der Gesellschaft sind Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben zu schaffen. Dazu ist Arbeit für alle durchzusetzen und eine rigorose Umverteilung des gewaltigen gesellschaftlichen Reichtums vorzunehmen.
- In Ostdeutschland ist durch Investitionen in zukunftsfähige Zweige die Vernichtung großer Teile der Industrie wieder gut zu machen.

- Die Rückführung arbeitsfähiger Menschen in den Osten ist zu fördern.
- Die durch die Vereinigung am stärksten geschädigten Menschen sind durch einen Lastenausgleich der Einheitsgewinnler zu entschädigen.
- Die Löhne und sozialen Standards der ostdeutschen Bevölkerung sind auf westdeutsches Niveau anzuheben.

Die Regierung Merkel-Westerwelle ist zum bedingungslosen Erfüllungsgehilfen des Kapitals geworden. Sie ist weder fähig noch gewillt, die Interessen des Volkes, des Souveräns, durchzusetzen.

Eingedenk der demokratischen Tradition des Herbstes 1989 rufen wir die Bevölkerung zur Verteidigung des Grundgesetzes auf. Unter der bewährten Losung „WIR SIND DAS VOLK“ wollen wir uns der verhängnisvollen Politik widersetzen und für eine politische und soziale Alternative kämpfen.